Nummer 88 | Halle, Montag, den 16. April 1923 | 58. Jahrgang
Einzelpreis: 150,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 3400.00 Mark, durch die Post frei zugestellt im Monat Mai Mark 3500.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 3300.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 120.00, im auswärtigen Verkehr Mark 150.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 400.00 im Ortsverkehr und Mark 500.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 10 und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Halle/Saale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22515. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Das französisch-belgische Ruhrkomplott.

Eine neue Hetzrede Poincares / Das Ergebnis des Pariser Kriegsrats / Die englische Bonar Law-Krisis / Reichswirtschaftsminister Becker zur Reparationsfrage / Der Angriff auf die Zechen.

Eine echte Poincarerede.

Taschenspielerstückchen.

Paris, 16. April. (Eig. Drahtmeldung.) Poincaré hat gestern nachmittag anläßlich der Enthüllung eines Gedächtnisdenkmals für gefallene Soldaten eine mit großer Spannung erwartete Rede gehalten. Er führte aus: „Kann England nach dem großen Kriege, den es an der Seite Frankreichs bestanden hat, darüber erstaunt sein, daß wir unsererseits unsere Grenzen gegen neue Bergewaltigungen verteidigen? Eine Nation, deren Imperialismus nicht zu befreiten ist, daran hindern, versteckte Invasionsvorbereitungen zu treffen? Wieso sollen wir nicht das Recht haben, in Uebereinstimmung mit unseren Verbündeten übereinstimmende Maßnahmen gegen Gefahren zu treffen, die viel ernster sind und viel wahrscheinlicher als diejenigen, von denen sich England mehrmals bedroht fühlte?" Im weiteren Verlauf seiner Rede kommt Poincaré auf den Krieg von 1914 bis 1918 zu sprechen und zollt England seine Anerkennung: „Wir haben den größten Stoß erhalten, die größte Zahl an Toten gehabt, die größten materiellen Verluste aufzuweisen. Ist es dagegen erstaunlich, wenn wir nach den erlittenen Martern, nach den erduldeten Opfern auf unsere Reparationsansprüche nicht verzichten, nach auf eine Herabsetzung derselben eingehen können?" In den Kernpunkt seiner Rede eintretend, erklärte Poincaré: „Weil Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist und nichts unternahm, um ihnen nachzukommen, weil wir selbst nahezu 100 Milliarden auf das Deutsche Reich vorschießen mußten, haben wir Kraft des Vertrages nach einer von der Reparationskommission regelrecht gefaßten Entscheidung die Pfänder ergriffen und die Sanktionen zur Anwendung gebracht. Wir sind

nicht bereit, neue Verzögerungen Deutschlands hinzunehmen

und ohne Garantien die geforderten Fristen zu bewilligen, die darauf hinauslaufen, daß wir uns Deutschlands Gnade ausliefern." Wir sind in das Ruhrgebiet gegangen, und die Besetzung dieser reichen Kohlen- und Industriegegend hat es uns ermöglicht, Feststellungen zu machen. Zunächst haben wir mühelos die Ueberzeugung gewonnen, daß Deutschland uns die Kohlen hätte liefern können, die es uns verweigert, daß es das Reich jetzt versteht, ohne die Ruhrkohlen auszukommen. Weiterhin haben wir Beweise dafür, daß Deutschland imstande war, uns in fremden Devisen zu bezahlen, denn augenblicklich verwendet es einen großen Teil dieser Devisen zur Bezahlung im Auslande, und drittens konnten wir an Ort und Stelle **militärische Geheimorganisationen**, wie seinerzeit in Obrschlesien in harmloser Weise als Schutzpolizei bezeichnet, ermitteln und unschädlich machen, und dann sind wir zu der Ueberzeugung gekommen: Hätten wir Deutschland ein zweijähriges Moratorium ohne Garantien bewilligt, so hätte das Reich nach Ablauf der Frist auf unsere Zahlungsforderungen mit einer Herausforderung geantwortet. Pfänder, die Deutschland uns nicht geben wollte, und die einige unserer Verbündeten für unmöglich hielten, erschienen uns als unentbehrlich. Wir haben es an der Ruhr gesehen und wir haben Beweise, daß wir uns nicht täuschten. Wir halten die Pfänder und wir werden sie nicht ganz einfach preisgeben. Hier wiederholte Poincaré die bereits gestern und vorgestern im Pressekommunique mitgeteilte Absicht, daß die Franzosen und Belgier sich aus dem neubesetzten Gebiet

nach den jeweils erfolgten Zahlungen zurückziehen

werden. Wenn Frankreich seinen Entschluß in jeder Weise zum Ausdruck bringt und der Welt verkündet, daß es die Verträge und die Friedensbedingungen respektiert wissen will, so setzt sich Frankreich in den Augen der Welt nicht herab, im Gegenteil, es ist in den Augen derer gestiegen, die für Redlichkeit und Entschlossenheit sind. Und sogar diejenigen unserer englischen und amerikanischen Freunde, welche über die Zulässigkeit unserer Aktion nicht unserer Meinung waren, konnten nicht umhin, unsere Motive zu billigen und die Berechtigung unserer Ansprüche zuzugeben. Der augenscheinlich in England und den Vereinigten Staaten zu unseren Gunsten eingetretene Meinungsumschwung, für den einer Ihrer hervorragendsten Vertreter, Herr Loucheur (Dünkirchen gehört zum Wahlkreis Loucheurs), erst dieser Tage Beweise erbrachte, rührt zum größten Teil davon her. Auch die Vorwürfe einer Handvoll irregeleiteter Franzosen werden uns nicht von dem gesteckten Ziel abbringen. Böswillige führen, wie ich vernehme, die Lebensmittelteuerung auch auf die Ruhrbesetzung zurück. Das ist arger Sophismus. Als ob die Teuerung nicht von unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage, die durch die Zahlungsverfehlungen Deutschlands verschuldet ist, herrührte. Schließlich lehe ich Gegenheitspessimisten, denen es Vergnügen macht, die Zwischenfälle zu übertreiben und durch unnötige Uebertreibungen das Reich im Widerstand zu stärken. Ist es möglich, daß es in Frankreich wirklich solche Leute gibt? Ohne Zweifel stellen sie eine nicht beachtenswerte Minderheit dar. Das Land in seiner Gesamtheit ist entschlossen, das Wert zu vollenden. Es wird es vollenden, und vergeblich erwartet Deutschland auch nur ein minutenlanges Nachgeben unsererseits.

*

Londoner Stimmen.

London, 16. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Londoner „Westminster Gazette" schreibt zu der Rede Poincarés in Dünkirchen, sie fördere die Lösung der zwischen Frankreich und Deutschland strittigen Fragen nicht merklich. Poincaré habe gestern die Gelegenheit ergriffen, um eine Anzahl von Dinge zu sagen, die im Augenblick recht belanglos seien, und habe die einzige Frage unberücksichtigt gelassen, die dringend geklärt werden müsse, nämlich den Betrag der französischen Forderung. Der Pariser Berichterstatter der „Times" bezeichnet die Rede Poincarés als eine äußerst wichtige Erklärung, die sicher politisch ungeheure Wirkung haben werde. Sie werde die Stellung Poincarés, der das Ziel zahlreicher Angriffe zu werden begonnen habe, stärken.

Das Ergebnis des Kriegsrats.

Paris, 14. April. (Eig. Drahtmeldung.) Nach der zweiten Sitzung der belgisch-französischen Konferenz wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Die französischen und belgischen Minister sind aufs neue zusammengetreten. Sie haben die gemeinsamen Weisungen vorbereitet, die an ihre Oberkommissare in den Rheinlanden und an General Degoutte ergehen sollen, und die die in den neubesetzten Gebieten eingesetzte Zentralverrechnung und deren Kontrolle, die Verwendung des Ertrages der „Geldbußen" und „Beschlagnahmungen" usw. betreffen. Es ist beschlossen worden, daß die verschiedenen Waren und Produkte, die in den besetzten Gebieten „beschlagnahmt" worden sind, und die von den beiden Regierungen oder ihren Staatsangehörigen gemachten Bestellungen von Sachlieferungen zu decken, diesen direkt zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Ueberschuß der „beschlagnahmten" Waren und Produkte wird von den französischen und belgischen Behörden verkauft werden. Der Ertrag dieser Verkäufe wird der Verrechnungskasse der „Pfänder" überwiesen und der nach Begleichung der verschiedenen Besetzungs- und Betriebskosten überschießende Betrag wird der Reparationskommission übermittelt werden. Die beiden Regierungen haben ihre Entschließungen von Brüssel dahin bestätigt, daß sie **die Räumung des Ruhrgebietes und der auf dem rechten Rheinufer neubesetzten Gebiete nicht von einfachen Versprechungen abhängig machen**, sondern daß sie sie **nach Maßgabe der Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen durchführen werden.**

Eine englische Verbeugung vor Frankreich.

London, 16. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der diplomatische Redakteur des „Daily Telegraph" schreibt: Was von den französisch-belgischen Unterhandlungen bekannt geworden ist, hat in London einen günstigen Eindruck erweckt. Die bestimmte Abfassung der beiden offiziellen Kommuniques, die vom Quai d'Orsay veröffentlicht wurden, sowie die Rede Poincarés in Dünkirchen sind mit einer energischen, aber vernünftigen Politik gegenüber Berlin vereinbar. Die französische und die belgische Regierung widerholen ihre Forderungen, daß Deutschland den Alliierten direkte Angebote machen solle. Dies sei auch der englische Standpunkt, denn die Auslegung, wonach die deutschen Vorschläge ausschließlich an Frankreich und Belgien gerichtet werden sollen, sei wahrscheinlich irrtümlich. Paris und Brüssel seien auch entschlossen, sich nicht mit bloßen Versprechungen Deutschlands zu gegnügen. In diesem Punkte sei der größte Teil der englischen öffentlichen Meinung mit den Alliierten **gleicher Meinung. Wenn Frankreich und Belgien behaupten, die Ruhr in einem Maße räumen zu wollen, in dem Deutschland bezahle, so werde England wenig an diesem Prozeß mißbilligen. In gewisser Hinsicht bedauert man dagegen, daß Poincaré und seine Kollegen beschlossen haben, das Problem der Sicherheiten einstweilen nicht zu verhandeln, obschon es als eine dringende Angelegenheit angesehen werden könne.**

*

„News of the World" veröffentlichteinen anonymen Artikel, worin die **bevorstehende Demission des Premierministers Bonar Law** mitgeteilt wird. Es sei wahrscheinlich, daß Bonar Law dem Könige seine Demission anbieten und ihm gleichzeitig empfehlen werde, an seine Stelle Lord Curzon zu setzen. Der Gesundheitszustand Lord Curzons sei sehr befriedigend und man glaube, daß er den Auftrag zur Neubildung der Regierung bereitwillig annehmen werde. Der gegenwärtige Schatzkanzler Baldwin würde in diesem Falle Führer der Regierungsmehrheit im Unterhause werden. Auch der „Observer" veröffentlicht einen Artikel, der sich in gleichem Sinne ausspricht. Bonar Law habe schon in der denkwürdigen Sitzung der konservativen Partei im Carlton Klub erklärt, daß er nicht lange an der Regierungsmacht bleiben werde. Die „Times" dementieren die Meldung, wonach Bonar Law zu demissionieren beabsichtige. Er sei allerdings entschlossen, während vierzehn Tagen im Unterhause sich des Wortes zu enthalten. Er hoffe, daß bis dorthin seine Stimme wieder normal sein werde. Sein allgemeiner Gesundheitszustand sei im übrigen ausgezeichnet.

Die nächste Konferenz.

Paris, 16. April. (Eig. Drahtmeldung.) **Havas zufolge wird sich Poincaré in 14 Tagen nach Brüssel begeben. Es verlautet, daß diese neueste Brüsseler Konferenz sich mit der Festlegung der endgültigen Form des französisch-belgischen Reparationsplanes beschäftigen wird.**

*

Paris, 16. April. (Eig. Drahtmeldung. Chicago Tribune erfährt, daß die erste Sitzung der französischen Sachverständigenkommission, die im allgemeinen die Einzelheiten eines französisch-belgischen Reparationsplanes ausarbeiten soll, heute am Quai d'Orsay unter dem Vorsitz von Poincaré stattfindet.

Französische Räuber.

Frankfurt a. M., 16. April. (Eig. Drahtmeldung.) **Auf dem Wege nach Gonzenheim wurde ein Frankfurter Kaufmann von zwei französischen Gendarmen angehalten, die ihm alles Geld, das er bei sich trug, insgesamt 2½ Millionen Mark, abnahmen und sich nicht nur weigerten, eine Quittung darüber auszustellen, sondern die Forderung nach einer solchen damit beantworteten, daß sie ihm seinen Ausweis abnahmen und zerrissen.**

Die Universitätsreform.

Die Regierung über ihre Pläne.

Im Hauptausschuß des Landtages hat, wie wir schon kurz berichtet haben, am Sonnabend Kultusminister Dr. Boelitz über allerlei Fragen, die unsere Universitäten betreffen, sich umfassend geäußert. Was er über dieses Thema gesagt hat und was vor allem Staatssekretär Dr. Becker ergänzend hinzufügte, hat nicht bloß für unsere Universitäten, sondern für weiteste Volksschichten so großes Interesse, daß wir es für unsere Pflicht halten, nochmals eingehender darauf zurückzukommen. Minister Boelitz sprach zunächst über den Verfassungsstreit in der deutschen Studentenschaft. Er bedauerte den Streit auf das Lebhafteste und richtete an die Studentenschaft die dringende Mahnung, sich angesichts der politischen Lage zu einigen. Der Standpunkt der Regierung sei klar und unveränderl: sie könne nicht dulden, daß in den Satzungen staatlich anerkannter Studentenschaften ein **antisemitisches** Prinzip zum Ausdruck komme. Die Regierung habe die angeordnete Beitragssperre aufgehoben, da die beiden Vorstände sich nach den Einigungsverhandlungen wenigstens zur gemeinsamen Behandlung **nationaler** Fragen zusammengeschlossen hätten. Die Regierung wolle im Einvernehmen mit den Regierungen der übrigen Länder die Entwicklung bis zum 1. Oktober 1923 abwarten. Die ganze Frage hänge mit der der **Universitätsreform** zusammen. Die Zusammensetzung der einzelnen Gruppen der Studentenschaft und das Koalitionsrecht der Studentenschaften würden in den Universitätsstatuten geregelt werden. Die Schwierigkeit der ganzen Angelegenheit liege in Oesterreich. Die Regierungen der deutschen Länder hätten daher der Deutschen Studentenschaft bereits wiederholt den Rat gegeben, sich, so lange die Verhältnisse in Oesterreich noch ungeklärt seien, auf das Reich zu beschränken.

Dann sprach der Minister über die Not der deutschen Studentenschaft. Es vollziehe sich eine Entwicklung von erschütternder Tragik; ein in seinen stärksten Kräften ungebrochenes Volk müsse geistig zugrunde gehen, wenn nicht materielle Hilfe in größtem Ausmaß einsetze. Hunger und Entbehrung seien das Los des weitaus größten Teiles unserer akademischen Jugend. **Zwei Drittel aller deutschen Studenten rekrutierten sich von jeher aus Angehörigen des Mittelstandes**; dieser Mittelstand aber könne die Kosten der Universitätsausbildung nicht mehr tragen. Eine Reihe von Studenten müsse oft mitten im Studium aus Not die Universität verlassen. Unterernährung und Krankheit machten sich breit. Trotzdem zeigten die Hochschüler eine Energie, die die höchste Bewunderung verdiene. Es habe sich der Typus des Werkstudenten herausgebildet, der sich durch Nebenerwerb aller Art die notwendigen Mittel für das Studium selber erwerbe. Das Ministerium schenke dem ganzen Fragenkomplex seine ernsteste Aufmerksamkeit. Es habe selbstredend die im Etat vorgesehenen Summen um ein Beträchtliches erhöht und plane, von den Zuschlägen zu den **Ausländer**-Honoraren in größtem Ausmaß weitere Mittel bereitzustellen. Für die notleidenden Studenten sei die Befreiung von den Hochschulgebühren an die Stelle der Honorarstundung getreten; die Stipendien müßten ebenfalls erhöht und die Wirtschaftseinrichtungen der Studentenschaft von der Staatsregierung auf das Lebhafteste unterstützt. Der Minister gab sodann einen Ueberblick über diese Wirtschaftseinrichtungen (Studentenküchen, Verkaufsstellen, Studentenheime, Wäschereien, Darlehnskassen) und dankte neben dem „Weltbund der christlichen Studentenvereinigung" dem Handel, der Industrie und der Landwirtschaft Deutschlands für ihre mannigfache und großzügige Hilfe. Zu der Angelegenheit von Professor **Heldmann (Halle)** bemerkte der Minister, daß die ganze Frage seit einer Reihe von Jahren abgeschlossen sei. Heldmann sei seinerzeit wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden. Die eingelegte Revision sei nicht zum Austrag gekommen, die Angelegenheit vielmehr unter die Amnestie der Volksbeauftragten vom 12. Dezember 1918 gefallen. Das von der Unterrichtsverwaltung eingeleitete Disziplinarverfahren sei unmittelbar nach der Amnestie eingestellt worden. Wenn **trotz** der Amnestie die Philosophische Fakultät in Halle die Gesinnung und Handlungsweise Heldmanns öffentlich verurteilt habe, so habe schon Minister Haenisch seinerzeit der Fakultät sofort mitgeteilt, daß er ihre Anschauungen **nicht** teile. Damit hat das Ministerium dem Professor Heldmann den für die Ausübung der Lehrtätigkeit erforderlichen Schutz angedeihen lassen. So müsse also die bereits mehrere Jahre zurückliegende Angelegenheit sachlich und formell als erledigt angesehen werden.

Sodann äußerte sich Staatssekretär Dr. Becker über die **Universitätsreform**. Die organisatorische Reform sei nunmehr durch den Beschluß des Staatsministeriums vom 20. März 1923 in ihren Richtlinien endgültig festgestellt worden. Die Universitätsstatuten würden im Laufe des kommenden Semesters im Sinne dieses Beschlusses geändert werden. Notwendig sei zunächst eine Vereinfachung der Dozentengruppen gewesen. Die alte Hierarchie innerhalb des Lehrkörpers habe einem Aufbau Platz gemacht, der sich nicht auf Rang- sondern auf **Fächerunterschiede** gründe. Der Lehrkörper werde in Zukunft aus **ordentlichen und außerordentlichen Professoren, Honorarprofessoren und Privatdozenten** bestehen. Die neuen außerordentlichen Professoren würden nicht mehr beamtete

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230416019/fragment/page=0001

Professoren minderen Rechtes, sondern nichtbeamtete gehobene Privatdozenten sein. Die Umwandlung der bisherigen planmäßigen Extraordinariate in Ordinariate könne nur durch Etatsgesetz erfolgen. Die Honorarprofessur würde keine Titularur bedeuten, sondern hauptberuflich außerhalb der Universität stehenden wissenschaftlich anerkannten Persönlichkeiten verliehen werden. Besonders wichtig sei die Zusammensetzung der Organe der Universitäts-Selbstverwaltung. Als neue Organe seien der „Große Senat" und die „Weitere Fakultät" zur Bearbeitung allgemeiner Angelegenheiten eingeführt. Dem „Großen Senat" sollten neben Ordinarien in ausreichender Zahl, der „Weiteren Fakultät" alle Ordinarien, Extraordinarien, Privatdozenten und Honorarprofessoren angehören. Wesentlich sei ferner, daß die den Universitätsorganen angehörenden Vertreter der Nichtordinarien die gleichen Rechte insbesondere auch in Promotions-, Habilitations-, Beförderungs- und Berufungsangelegenheiten besäßen. Die Benutzung der Institute und Seminare würde für alle Dozenten gesichert sein. Die bewährte Einrichtung der Universitätskuratoren solle beibehalten werden. Für die Universität Berlin würden wegen ihrer besonderen Größenverhältnisse besondere Bestimmungen getroffen werden. Das Amt des Universitätsrichters sei in das eines Universitätsrates mit den Aufgaben eines Universitätssyndikus umgewandelt worden.

Die Reform des akademischen Unterrichts selber habe inzwischen weitere Fortschritte gemacht. Die medizinische Studienreform sei so gut wie abgeschlossen; die neue Prüfungsordnung werde demnächst vom Reichsrat erlassen werden. An der juristischen Studienreform sei die Unterrichtsverwaltung besonders interessiert. Sie verfolge ihre Pläne in voller Uebereinstimmung mit den Fakultäten und den Vorschlägen des Staatskommissars für die Reform der Verwaltung weiter. Das wirtschaftswissenschaftliche Studium sei auf eine neue Grundlage gestellt. Im Rahmen der philologischen Reform sei die geplante Umgestaltung des Orientalischen Seminars in Berlin wichtig. Ueber die bisherigen Mängel bestehe auch bei den Lehrern des Seminars keine Meinungsverschiedenheit. Es sei notwendig und auch beabsichtigt, das Seminar in eine neue, den inneren Zusammenhängen entsprechende Arbeitsgemeinschaft mit den wissenschaftlich ihm zugehörigen Institutionen der Berliner Universität zu bringen. Wichtig sei zweierlei: Einmal solle die Ausbildung der Hörer der Kurie wissenschaftlich vertieft und die wissenschaftliche Arbeit durch die Erfahrungen der Praxis befruchtet werden; zum anderen würden auch Hörer, die nicht die Universitätsreife besäßen, wie bisher an den Kursen teilnehmen können.

Neue Angriffe auf Zechen.

• **Gelsenkirchen, 16. April. (Eig. Drahtmeldung.) Wie zu erwarten, sind die Franzosen am Sonntag in der Besetzung von Zechen fortgefahren, und zwar sind die Schachtanlagen Nordstern 3 und 4 (Phönix) und Vereinigte Welheim (Stinneskonzern) besetzt worden. Beide Anlagen liegen in Horst-Emscher und haben keine Kokserzeugung. Die Besetzung ist also in dieser Beziehung ein überraschendes Novum in den französischen Plänen, die bisher doch darauf hinausliefen, Koks in die Hände zu bekommen. Außer diesen beiden Zechen wurden auch die gesamten Schachtanlagen von Bonifazius (Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.) besetzt, deren Kokereien am vorigen Sonntag besetzt worden waren. Diese Ausdehnungsaktion wurde übrigens mit allen Mitteln der tüchtigen französischen Kriegskunst durchgeführt. Sicherungen wurden aufgestellt und Tanks aufgefahren. Lediglich die Flieger fehlten, um das Schlachtenbild zu vollenden. Das Interesse der Franzosen richtet sich jetzt anscheinend auf die Kohlenvorräte, weil sie wohl schon selbst gemerkt haben, daß sie mit dem Koks allein in ihren Hütten nichts mehr anfangen können. Auf Bonifazius konnte jedenfalls festgestellt werden, daß die Kohlen- und Brikettlager besonders inspiziert und studiert wurden. In Raurel haben die Franzosen auf der Zeche Ickern die Kohlenlager besetzt. Ferner besetzten sie die alten Rütgerswerke und die Werke der Gesellschaft für Teerverwertung.**

*

Diese neue Gewaltmaßnahme scheint in enger Verbindung zu stehen mit einem Degoutteschen Befehl, der nach dem Düsseldorfer „Mittag" den Behörden in Essen zuging und der die Regelung des Verkehrs mit Kohle und Koks im Einbruchsgebiet betrifft. Wenn diese Verordnung durchgeführt wird, bedeutet sie die Stillegung des gesamten Kohlenverkehrs im Ruhrgebiet innerhalb 24 Stunden, d. h. nicht nur die Industriekohle wird durch die Verordnung betroffen, sondern auch der Hausbrand. Da keine Kohle ohne Passierschein verfrachtet werden darf, erhält ohne einen solchen nicht einmal die Eisenbahn Kohlen. Die Verordnung kommt einem Verbot gleich, Kohlen überhaupt im Ruhrgebiet zu bewegen. Kein Bergwerk kann das französische Recht im Ruhrgebiet anerkennen, indem es einen Kohlenpassierschein annimmt. Das wird so wenig geschehen, wie vorher die Bergwerke die französischen Forderungen erfüllten. Aus der Einleitung der französischen Ordonnanz geht hervor, daß die Bewilligung eines Passierscheines von der Zahlung der Kohlensteuer abhängig gemacht werden soll. Was den Inhalt der Verordnung angeht, so zeugt er dafür, daß der Kampf im Ruhrgebiet auf seinem Höhepunkt angelangt ist.

Keine „Feinde".

Berlin, 15. April. (Eig. Drahtmeldung.) Bei der deutschen Regierung ist eine französische Note eingetroffen, die sich gegen eine angebliche Wendung in der Kanzlerrede bei der Trauerfeier im Reichstage richtet. Es soll darin der Ausdruck „feindliche Nationen" gefallen sein, was jedoch unrichtig ist. Wie wir erfahren, wird zurzeit an den maßgebenden Stellen erwogen, ob diese unberechtigte Note eine Antwort finden soll oder nicht.

Wir sollen also vermutlich anerkennen, daß die Franzosen nur als unsere Erzieher gekommen sind, in der väterlichen Absicht, uns mit Bajonett und Reitpeitsche zu unserem eigenen Heil auf den Pfad der Tugend zurückzuführen.

Groener zum Eisenbahnetat.

Berlin, 14. April. In der Sonnabendsitzung des Reichstages beschloß vor der umfassenden Entgegnung des Ministers Groener Abg. Dauer (Bayr. Vpl.) das Reigen der Redner. Präsident Löbe hatte vorher auf die Notwendigkeit verwiesen, den Verkehrsetat noch am Sonnabend fertigzustellen und sich wegen der Möglichkeit namentlicher Abstimmungen beschlußfähig zu halten, denn am Montag beginne die große Aussprache über die auswärtige Politik. Abg. Dauer forderte Berücksichtigung der berechtigten Ansprüche Bayerns durch das Zentralverkehrsressort in Berlin. Die Beziehungen zu den Landeseisenbahnräten bedürfen dringend der Verbesserung. Minister Groener verfehlte nicht, seine eingehende Stellungnahme zu den von den Vorrednern geäußerten Wünschen und Beschwerden mit dem Ausdruck lebhafter Anerkennung des vorbildlichen Verhaltens der Eisenbahner im Namen der Reichsbahnverwaltung einzuleiten und diesen Männern weitgehende Fürsorge zuzusagen. Zur Tarifpolitik betonte er die klärende Wirkung der Spezialausschreie im Ernteausschuß. Den vom Abg. Dr. Quaatz entwickelten Grundlinien für Finanz- und Eisenbahnpolitik stimmte er zu. Die Tarifpolitik werde sortan den Erfordernissen der Wirtschaft angepaßt und dabei auf die Selbstkostendeckung geachtet werden. Die Personalpolitik nötige zur Zurückhaltung, da die Eisenbahner in der vordersten Reihe des Abwehrkampfes ständen. Das Erfassewesen der Reichsbahnverwaltung sei nicht umfangreicher als bei anderen Verwaltungen. Mit gutem Humor diente der Minister den vom bayerischen Kritiker vorgebrachten Beschwerden. Er apostrophierte die bayerische Ueberempfindsamkeit, die Schimpflust gegenüber allem, was aus Berlin komme. Da heiße es gleich: „Was hat denn der Kerl da in Berlin wieder ausgeheckt?" In Wirklichkeit ließen doch auch Vertreter der bayerischen Wirtschaft, des Landtages, der Regierung im Reichsessenbahnrat. Die Tarifpolitik müsse einheitlich sein und könne nicht zugunsten eines Teiles des Reichs durchbrochen werden. Der Minister kündigte schließlich ein Eisenbahnfinanzgesetz an und versprach, daß auch weiterhin auf Fortführung der Verbesserungen im gesamten Reichsbahnwesen Bedacht genommen werden solle. Damit war die allgemeine Debatte im wesentlichen erschöpft. Die Ausschußentschließungen wurden angenommen.

Deutschlands Reparationsleistungen und Vermögensverlust.

Ausführungen des Reichsministers Dr. Becker.

Der Berliner Korrespondent der „Svensk Grosslittidning", des offiziellen Organs des schwedischen Grossistenverbandes, hatte dieser Tage eine Unterredung mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Becker über den Stand der deutschen Wirtschaft vor und nach dem französischen Ruhreinbruch. Der Reichsminister führte darüber unter anderen aus:

Ich weiß sehr wohl, daß im Ausland, und zwar selbst in Kreisen, die uns wohlwollen, vielfach die Ansicht verbreitet ist, die potenten Kreise der deutschen Wirtschaft hätten zur Befriedigung der feindlichen Forderungen nicht das beigetragen, was bei größerer Anstrengung möglich gewesen wäre. Vor mir liegt zum Beispiel ein kurzer Bericht von Mitte Februar dieses Jahres über eine Diskussion zum Ruhrproblem in dem Klub der schwedischen Freisinnigen in Stockholm. Es sei mir erlaubt, die bekannten Zahlen über die deutschen Reparationsleistungen durch einige Vergleiche zu illustrieren:

Am 21. Februar laufenden Jahres wurde in Deutschland und im Ausland in den Zeitungen eine Zusammenstellung über die Leistungen und Vermögensverluste Deutschlands aus dem Friedensvertrage im einzelnen bekanntgegeben. Diese Bilanz kam zu nachgewiesenen Leistungen und Vermögensverlusten der deutschen Wirtschaft vom 11. November 1918 bis 30. September 1922 in Höhe von 56½ Goldmilliarden; einschließlich des Wertes der deutschen Kolonien und Elsaß-Lothringens erhöhte sich diese Summe sogar auf über 100 Milliarden Goldmark. Was heißt das? Schwedische Wirtschaftler werden zum großen Teil das deutsche Eisenbahnnetz in seiner Bedeutung kennen, und wer es nicht kennt, kann sich leicht eine Eisenbahnkarte verschaffen. Die deutschen Eisenbahnen hatten vor dem Kriege eine Länge von rund 64 000 Kilometern. Diese gewaltigen Anlagen, also der Grund und Boden und der Unterbau, die dazu gehörigen Betriebswerkstätten und Bahnhofsbauten, die Güterschuppen und das gesamte rollende Material an Lokomotiven und Eisenbahnwagen hatten in unserer Volksvermögensbilanz einen Wert von 20 bis 25 Milliarden Goldmark.

Eine weitere Zahl, die auch dem Laien die Bedeutung der deutschen Leistungen klar vor Augen führt: Der volle Goldwert (nicht etwa der geringere Nominalwert) der gesamten Aktiengesellschaften des unverkleinerten Deutschlands der Friedenszeit betrug am 31. Dezember 1913: 31,2 Milliarden Goldmark. Aehnlich das Ergebnis dieses gesamten Vermögens aller deutschen Aktiengesellschaften der Vorkriegszeit hat Deutschland allein bis Ende September 1922 hergegeben und abgetreten, die reinen Leistungen und Vermögensverluste allein machen fast das Doppelte jenes Vermögens der Aktiengesellschaften aus. Und in dem inzwischen weiter verflossenen Halbjahr — allein in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922 betrugen die weiteren Leistungen 500 Millionen Goldmark! — haben sich diese Leistungen fortgesetzt! Noch ein dritter Vergleich: Sämtliche deutsche Aktiengesellschaften konnten in den letzten Jahren vor dem Kriege an Dividenden etwa 1¼ Milliarden Goldmark jährlich ausschütten, das verstümmelte Deutschland zahlte allein im Jahre 1922 unter schwerster Schädigung seiner Währung in bar und an Sachleistungen an die Entente, sowie an Besatzungslasten 1,6 Milliarden Goldmark, also mehr als alle deutschen Aktiengesellschaften in glücklicher Friedenszeit als Gewinn an die heimischen Aktionäre ausschütten konnten! Sehen, der sehen will, zeigen diese Zahlen, daß, wie ich oben erwähnte, der deutschen Wirtschaft bereits vielzu viel Blut entzogen ist. Wenn aber über jene Leistungen hinaus die deutsche Regierung, wie dies durch Veröffentlichungen in der amerikanischen Presse inzwischen bekannt geworden ist, bereit war, der Pariser Konferenz im Januar dieses Jahres ein neues Reparationsangebot vorzulegen, nach dem sie sich unter Garantie der deutschen Wirtschaft verpflichten wollte, der Entente eine stattliche Anzahl von weiteren Goldmilliarden zur Verfügung zu stellen, so sollte es demgegenüber doch auch dem Böswilligsten schwer fallen, die Reparationswilligkeit Deutschlands und seiner Wirtschaft bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit in Zweifel zu ziehen.

Ich möchte auch gleich noch einem anderen im Ausland vielfach verbreiteten Irrtum in Zahlen entgegentreten. Es wird gesagt, Deutschland habe seine Valuta ruiniert, um seiner Industrie die Eroberung der Weltmärkte zu erleichtern. Deutschlands Ausfuhr hat im Jahre 1913 rund 10 Milliarden Goldmark betragen. In der Nachkriegszeit betrug der Wert dieser Ausfuhr in den Jahren 1919 bis 1922: 1,75 bzw. 5,10 bzw. 3,50 bzw. 4,00 Milliarden Goldmark. Die deutsche Warenausfuhr der Nachkriegszeit ist also sehr klein gewesen. Es kann daher nicht wahr sein, daß die deutsche Ausfuhr den anderen Ländern das Geschäft verdorben habe, und daß dem deutschen „Valuta-Dumping" für die Arbeitslosigkeit in den anderen Ländern die Verantwortung zuzuschieben sei. Dahingehende Betrachtungen sind oberflächlich. Es müßte schlimm um die Weltwirtschaft aussehen, wenn die kleine deutsche Warenausfuhr von 3½ oder 4 Milliarden Goldmark im Jahr, die sich über die ganze Welt verteilt, den internationalen Markt erschüttern könnte. Freilich sieht es schlimm nicht nur um die deutsche, sondern um die europäische und die Weltwirtschaft aus. Das ist richtig. Die Hauptschuld daran hat aber — das muß immer mehr Gemeingut aller wirtschaftlich Denkenden werden — die aller Vernunft ins Gesicht schlagende, völlig verfehlte Konstruktion des Friedensvertrages von Versailles. Und dieser widersinnigen Konstruktion setzte Frankreich nun noch mit dem Ruhreinbruch die Krone auf.

Welcher Reifen
ist der beste bei Eis und Schnee
Erklimmt am schnellsten die Bergeshöh?

Welchen Reifen
Nimmt man bei langen Fahrten,
Wählen, die bei Rennen starten?

Welcher Reifen
Hat die längste Dauer
Bei Sonnenschein und Regenschauer?

Welcher Reifen
Hält am besten in Kurven und Schleifen
das ist —

Peters Union Zahnradreifen

Die Eroberung der Luft.

Deutscher Flugzeugerfolg in England.

Wir sind in der Lage, über einen durchschlagenden Erfolg der deutschen Flugzeugindustrie zu berichten. Kürzlich landete im englischen Flughafen Croydon des deutsche Verkehrsflugzeug „Komet". Diese Maschine, welche von den Dornier-Metallbauten in Friedrichshafen hergestellt wurde, erregte die allgemeine Bewunderung der englischen Fach- und Tagespresse. Die Engländer erkennen ganz offen den beträchtlichen Vorsprung an, den die deutsche Flugzeugindustrie gegenüber den gebündelten Mächten besitzt. Am Abend, wenn man bedenkt, wie scharf die Verzichtbestimmungen des Versailler Friedensschlusses auf dem Gebiet der Luftfahrt sind, wie Frankreich von vornherein alles getan hat, um jede Entwicklung des deutschen Flugzeugbaues zu unterbinden, so ist die Tatsache, daß trotz allem ein sicheres und schnelles Verkehrs-Flugzeug geschaffen werden konnte, doppelt bemerkenswert, zumal diese Maschine genau den Begriffsbestimmungen der Entente entspricht. — Die Engländer, die sonst sehr nüchtern und berechnend sind, fern von jedem Ueberschwang, sind diesmal jedoch ehrlich begeistert und vor allem sportlich interessiert. Wie die nachfolgenden Pressestimmen zeigen, haben die Engländer einmütig nur Worte der Anerkennung für die deutsche Leistung.

Sheffield Daily Telegraph schreibt: Noch nicht tot. — Deutschlands epochemachender Fortschritt im Flugwesen. Der erste Ganzmetall-Aeroplan, der den Kanal überflogen hat, kam gestern auf dem Flugplatz in Croydon an. Diese Ankunft kennzeichnet eine neue Aera auf dem Gebiet des Zivil-Flugwesens. Es waren einige Passagiere in dem Flugzeug und die Reise war trotz schlechtem Wetter zufriedenstellend.

The Aberdeen Journal: Das Flugzeug kann mit einem nur 185 PS-Motor 6 Passagiere befördern, und ist in den seitgenössischen englischen Maschinen weit überlegen. Infolge der internationalen Kontrolle des deutschen Flugwesens waren die Deutschen gezwungen, mit verminderstarken Motoren zu experimentieren, was den Erfolg hatte, daß sie mit 185 PS die gleiche Anzahl Passagiere mit der gleichen Schnelligkeit transportieren können wie englische Maschinen mit 400 PS.

The Nottingham Guardian: Großes Interesse ist auf dem Flugplatz in Croydon durch den Gegenbesuch des deutschen Zivil-Flugzeuges hervorgerufen worden, der in Erwiderung des kürzlichen Besuches des D. F. 34 der Dornier-Gesellschaft in Berlin erfolgte. Nach verschiedenen Verzögerungen durch das schlechte Wetter bedingt, ist die Maschine endlich angekommen. Es ist dies das erste deutsche Flugzeug, welches London in guter Absicht besuchte. Die Maschine, die nun angekommen ist, ist ein Dornier C 3 Ganzmetall-Passagier-Eindecker. Obgleich er tatsächlich nach den Einschränkungen des Versailler Vertrages mit einem Motor von 185 PS gebaut ist, ist er für 6 Passagiere eingerichtet, ebenso wie einige englische, die mit dem Napier Lion 450 PS Motor ausgerüstet sind.

Yorkshire Observer schreibt unter anderem: Die Deutschen brauchen die britische Unterstützung für die Entwicklung von Luftwegen über Nordeuropa. Wenn der Plan ausgeführt wird, so wird er für dieses Land mehr Geld bedeuten, und wenn man in Betracht zieht, daß die Deutschen bereits den Beweis erbracht haben, daß sie derartige Schranken, wie die Begrenzung der Pferdekraft ihrer Maschinen, umgehen können, würden wir jedenfalls nichts dabei verlieren, wenn wir die vorläufige Bedingung für das Abkommen bewilligen, nämlich die Beseitigung einiger der bestehenden Verbote.

*

Aus alledem ersieht man, daß im Gegensatz zu der unversöhnlichen Haltung Frankreichs, die Engländer gern bereit sind, mit uns zusammen zu arbeiten. Daß sie dabei verlangen, daß der Friedensvertrag revidiert wird und die hemmenden Bestimmungen fallen müssten, dürfte ein nicht zu unterschätzender Erfolg der Entsendung des Dornier-„Komet" nach London sein.

*

Was ist das Spironom? Das Spironom ist ein Atemmesser. Es ist ein kleines Holzkästchen mit einem Trichter, in den man hineinhorcht resp. singt. Die hinter dem Trichter befindliche Wachsplatte wird durch den Luftdruck bewegt, die Stärke des Druckes kann man feststellen, an einer Skala beobachten. Der Erfinder des Spironoms, der Sänger Max Garrison, erklärte bei der ersten öffentlichen Vorführung des Apparats im Bechstein-Saal die Wichtigkeit des praktischen und geregelten Atemverstrauchs für den Sänger und den Redner, sowie bei jedem Sport und führte den Unterschied des Tones mit und ohne richtigen Atemverbrauch vor. Während nun der Apparat beim Ueben der Gesangs- und Sprechtechnik gegenüber den Versuchen, gegen die Kerzenflamme zu singen, entschieden einen weit besseren Lehrer darstellt, bedeutet wird er für eine Verwendung beim Sport noch verschiedener Modifikationen bedürfen, da beim Sport es nicht auf eine Tonbildung ohne wilden Atemverbrauch ankommt. Der Sport braucht einen Messer, der die Gleichmäßigkeit und die Ausdauer des Aus- und Einatmens, sowie die jeweilige Stärke anzeigt. Wenn das alles sich an einem Instrument mit einigem Feingefühl vereinigen läßt, wenn das Instrument dabei so gebaut wird, daß es gleichzeitig einen Widerstand dem Ein- und Ausatmen entgegensetzt, wie es die Muskelanstrengung tut, so wird ein solcher Apparat sicher breite Verwendung finden. Für Sänger und Sprecher wird wohl der Hauptpunkt des Apparats so wichtig sein, daß die Messen wahrscheinlich dann bei dem billigeren, wenn auch unvollkommeneren System der Kerzenflamme bleiben werden.

Ein neues Werk von Max Mohr. Das gelbe Zelt", ein Drama von Max Mohr, erlebte seine Uraufführung im Stuttgarter Landestheater. „Jenseits des Maschinenkampfes Erfüllung suchen", das ist die Tendenz des Stücks. Ein Problem, das aber auch Max Mohr ungelöst läßt. Bequemlichkeit, Genußsucht, Bläserthek, die Automobile unseres heutigen Kulturlebens, bringen beim Menschen ein Gefühl der Unzufriedenheit, das unbewußte Gefühlt hervor, damit sich nicht selbst treu zu sein, das Höhere, das heilige im Wesen des Menschendaseins zu verraten. Eine ungeheure Sehnsucht nach Erfüllung nicht materieller Wünsche setzt ein, zugleich mit einem Ekel vor aller rein körperlichen Befriedigungssucht. — Die Tänzerin Xenia Lanthi steigt in einem solchen Gefühl herab aus der Höhe höchsten Ruhmes, restloser Anbetung und Bewunderung, herab aus den Gefilden größten Reichtums, jedoch sittlich rein, in die Sphäre eines ganz gewöhnlichen Wanderzirkus. Fürst Gilpin sucht die Erfüllung in dem Versuch der Besitzung des Tänzerkörpers. Ohne den Gipfel erreicht zu haben, findet er schon in einer Höhe einen mongolischen Rausch, der ohne von ihm Notiz zu nehmen, immer und immer das gleiche monotone Gebetsprüchlein ableiert. Einfachste, primitivste, ähnlichste Gottanbetung. Der Fürst nimmt diesen Spruch mit hinab in seine Welt, nicht den Ritus auf, findet die Tänzerin. Diese, die „reine Dame", umgittert die einfache, wahrhaftige Liebe des Artisten Igor, der hineingetrieben von den Fürsten, der Tänzerin Innerstes, die Xenia Lanthi erniedrigt, der Eifersüchtige den verfolgenden Eifersüchtigen. Der Artist nimmt schließlich die Tänzerin wieder mit in die frühere Welt. — Es ist ein ausgezeichnetes Theaterstück voll lebendigen Geschehens. Mit der Begeburg des geborenen Theatermenschen hat Max Mohr das Milieu getroffen, die Charaktere zu außerordentlicher Wahrhaftigkeit entwickelt. — Die Aufführung war gut. Besonders zu loben ist Frl. Straßmann als Xenia Lanthi. Regie hatte Herr Matisch.

Unter der Schallstange.

Stillstlüte. Eine höhere Tochter sollte einen Aufsatz über Goethes Leben liefern, wobei sie schrieb: „Goethe war nicht nur Minister, weil er sich lieber poetisch beschäftigte."

Geld und Geld. Ein Amerikaner kommt in ein Wiener Bankgeschäft und will sich eine Zehn-Dollar-Note umwechseln lassen. Der Kassierer läßt den Ungeduldigen einige Augenblicke warten und geht in das Zimmer des Direktors. Nach einiger Zeit kommt er zurück und sagt: „Die Bank gehört Ihnen."

Unbedingt Ruhe. „Ich bin so krank, Herr Doktor!" — „Was was ich Ihnen verordnen kann, ist Ruhe." — „Weiter nichts? Das ich doch so krank bin. Sehen Sie bloß mal, wie meine Zunge aussieht." — „Gerade die Zunge braucht vor allem Ruhe!"

Not der Zeit. „Soviel habe ihr schon verkauft von euren reizenden Bildchen und Gedichte?" — „Ja, wir leben eben von der Wand in den Mund."

Ueberraschung. „Das Fleisch, das Sie mir gestern gegeben haben, war so zäh, daß es überhaupt nicht weich zu kriegen war. Wir hätten Schuhsohlen daraus machen lassen können." — „Ne, warum haben Sie's denn nicht gemacht?" — „Wir wollten so, aber wir kriegten die Nägel nicht durch!"

Rette Zeiten. „Sie wollen meine Tochter heiraten — haben Sie denn Geld?" — „Ich habe etwas Kurz Millionen Mark." — „Junger Mann — ich meine, wieviel Sie besitzen, nicht auch Sie sind Ihnen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230416019/fragment/page=0002